

Nobler  
Dress,  
hemds-  
ärmelige  
Praxis



*„Strategische  
Partnerschaft“ –  
eine Politikformel  
zum Beschweigen  
der Gegensätze?*

*Fritz W. Peter*

*April 2007*

## DIE WELT, Leitartikel, 18.4.07

(auszugsweise Wiedergabe)

„Der Westen sollte sich unter dem Eindruck der jüngsten Ereignisse in Moskau und St. Petersburg endlich Rechenschaft darüber ablegen, dass ein Russland in seinem gegenwärtigen Zustand nicht zum Teilnehmer einer strategischen Partnerschaft taugt. Denn solche Partnerschaft verlangt mehr als das gegenseitige Interesse an Öl und Gas. Auch sollte die Politik der doppelten Standards beendet werden, die der souveränen Großmacht Russland auf internationaler Ebene einen ‚Behinderten-Bonus‘ einräumt, weil das Land ja wegen seiner Geschichte keine Erfahrungen mit Demokratie haben und deshalb be-

stimmte Anforderungen beispielsweise an ein G-8-Mitglied nicht erfüllen könne.

In diesem Zusammenhang steht es westlichen Russlandverstehern nicht gut zu Gesicht, wenn sie die billige und entwürdigende Argumentation der Machthaber in Moskau übernehmen, das Volk sei eben noch nicht reif und begreife die demokratischen Spielregeln nicht. [...] Mehr Demokratieerfahrung ist in Russland sicher vonnöten, aber unter den obwaltenden Verhältnissen ist sie kaum zu erlangen.“

*Von Manfred Quiring: „Ein Land kämpft gegen sich selbst“*

### **Tabu-Bruch**

Erstmals kommentiert ein deutscher Journalist in dieser *Deutlichkeit*, dass angesichts der inneren Entwicklungen Russlands die zudeckende Formel von der „strategischen Partnerschaft“ auf den Prüfstand gehöre. Eine viel zu bequeme zahlenmäßige Übermacht besitzen bei uns in Politik und Öffentlichkeit allerdings diejenigen, die an der Formel – komme, was wolle – festhalten wollen, so dass nicht davon auszugehen ist, dass es auch nur zu einem Überdenken der Formel mit entsprechenden Konsequenzen kommen wird. Der Versuch wird hier ein Stück weit dennoch unternommen.



!! ?

## ***Wunschformel und Wirklichkeit***

Klaus-Dieter Frankenberger schloss seinen Leitkommentar zum Treffen zwischen Merkel und Putin in Sotschi mit diesem Fazit: *„Es darf nicht verschwiegen werden, was Moskau (noch oder wieder) **davon trennt, strategischer Partner zu werden, der kein doppeltes Spiel treibt und der sich eben nicht machtpolitisch sperrt.**“<sup>1)</sup>*

Frankenberger wählte eine vorsichtige – „sprungbereite“ – Formulierung.

Während Frankenberger das Nachdenken über die Wunschformel der „strategischen Partnerschaft“ anzustoßen versucht hatte, beeilte sich F.A.Z.-Mitherausgeber Kohler, dieses Kapitel für die F.A.Z. gleich wieder zu schließen. Er **diskutierte** nicht, ob es sich um eine Partnerschaft handelt, sondern schickte seinem Text sicherheitshalber gleich die Gewissheit voraus: *„**Das Wort von der ‚strategischen Partnerschaft‘ ist der Bedeutung der Beziehungen angemessen[!].** Russland stellt einen wichtigen Faktor im internationalen Krisenmanagement dar, an dem auch Deutschland mehr und mehr mitwirkt. Auf dem europäischen Kontinent kreuzen sich deutsche und russische Interessen unmittelbar. Die Wirtschaftsbeziehungen wachsen, zuletzt besonders auf dem lebenswichtigen Energiesektor.“<sup>2)</sup>*

---

<sup>1)</sup> Klaus-Dieter Frankenberger, „Was Moskau von Berlin trennt“, F.A.Z., 22.1.07, S.1; [www.faz.net/s/Rub7FC5BF30C45B402F96E964EF8CE790E1/Doc-E0AF512BB205B4F1EB32D2A16E3948044~ATpl~Ecommon~Scontent.html](http://www.faz.net/s/Rub7FC5BF30C45B402F96E964EF8CE790E1/Doc-E0AF512BB205B4F1EB32D2A16E3948044~ATpl~Ecommon~Scontent.html)

Ergeben diese Gründe bereits eine „strategische Partnerschaft“, die man ungeachtet eines z.B. abträglichen *Verhaltens* des Partners freigiebig so bezeichnen sollte? Ist das Kriterium einer „strategischen Partnerschaft“ bereits dann erfüllt, wenn man als Land „einen wichtigen Faktor im internationalen Krisenmanagement“ darstellt, sich die Interessen „kreuzen“ (was immer das heißen mag) und die Wirtschaftsbeziehungen für die Energieversorgung Deutschlands wichtig sind? Muss nicht *auch* die Frage gestellt werden, ob die Interessen konvergent oder **divergent** sind. War es denn **grundlos**, dass sich anstatt Vertrauen in strategische Gemeinsamkeiten eher wachsendes Misstrauen aufgebaut hat?

Die Machtinteressen des Kreml sind wenig lupenrein, die politischen Entwicklungen ein umfassender Schlag gegen Zivilgesellschaft und demokratische institutionelle Kontrollen. Dabei handelt es sich um eine kühl berechnete und ebenso exekutierte Entmutigung derer, die an rechtsstaatlicher Entwicklung und einer Emanzipation der Gesellschaft orientiert sind (also dem, was Europa als Grundlage politischer Kultur versteht) und die dafür mit ihren Lebenschancen einstehen, in zahlreichen und zahlreicher gewordenen Fällen auch mit ihrem Leben einstanden. Ohne innere „checks and balances“, die eine demokratische und institutionelle Entwicklung fördern, wird *auch nach außen* das Verhalten starrer und aggressiver sein. Damit ist ein Verlauf der Beziehungen mit Russland absehbar, der eher konträr zu guter Nachbarschaft und berechenbarer Partnerschaft liegt.

Jedenfalls ist die Gefahr konträrer und konfrontativer Positionierungen groß genug, um politisch nicht die Augen zu schließen. Mit der beschwörenden Formel von der „strategischen Partnerschaft“ soll zwar eine politische Perspektive gewiesen werden (soweit so gut), aber werden nicht auch vorhandene konstitutive politische Gegensätze überspielt. Dies mag – in einer Kultur des folgenlosen Dialogs – populär sein, aber ist es auch richtig?

## **Politisch unkorrekte Realitäten**

Strategische Partnerschaft wäre sicher wünschenswert, aber wird mit dieser Formel die Realität nicht eher „zurechtgedeutet“, umgedeutet? Die Sowjetunion war in ihrer realen Existenz eine Kriegsökonomie in Permanenz – verpackt in zynische soziale Ideologie. Wird die derzeitige Formierung Russlands von *sozialen* (od. z.B. rechtsstaatlichen) Zielen beflügelt, Fragezeichen.

---

<sup>2)</sup> Berthold Kohler, „Ein Sieg für Putin“ (dessen Münchner Rede), F.A.Z., 13.2.07, S.1; [www.faz.net/s/Rub7FC5BF30C45B402F96E964EF8CE790E1/Doc-E7F396E158EB64233BC0D7F45C4F8C631~ATpl-Ecommon~Scontent.html](http://www.faz.net/s/Rub7FC5BF30C45B402F96E964EF8CE790E1/Doc-E7F396E158EB64233BC0D7F45C4F8C631~ATpl-Ecommon~Scontent.html)

Die Machthaber rekrutieren sich jetzt noch stärker aus den Netzwerken des Staatsapparats. Sie arbeiten akribisch und mit einer „grand strategy“ an einem Staatswesen, das hinter den für unverzeihlich gehaltenen Sündenfall von Glasnost und Perestroika zurückführen soll. Der Angriff auf die Gesellschaft ist umfassend: ein ganzheitliches social engineering in Politik, Wirtschaft, Medien und gesteuerten gesellschaftlichen Gruppen. Orchestriert mit Sendungsbewusstsein nach innen und außen, mit ausgerichteter Führungsmannschaft, mit vollen Kriegskassen (aus dem Öl- und Gasgeschäft; hallo, Europa) und brachialem Zugriff auf alle Ressourcen in Exekutive, Legislative und Judikative<sup>3)</sup> – das „System Putin“ wird (ob mit ihm oder ohne ihn) eine Schneise durch das Land und durch die internationale Politik ziehen. Mindestens eine Schneise. Westliche Öffentlichkeiten, vor allem ihre Regierungen, werden sich entlang der Strecke irgendwann fragen müssen, ob der gute Vorsatz, „strategischer Partner“ des neu-alten Kreml zu sein, die beste Antwort (oder sei es nur – die beste Notlösung) war bzw. ist. Das Überdenken hat glücklicherweise begonnen; es zu verhindern, wird künftig für die „weiter-wie-bisher-Vertreter“ etwas schwieriger. Sie können nur durch ihre Vielzahl imponieren.

Die Basis für eine „strategische Partnerschaft“ bleibt eine längerfristig kalkulierbare Politik, getragen von konstruktiver Absicht der beteiligten Seiten. Ist dies nachhaltig ohne demokratische Partizipation erreichbar? Sicher *möchte* die Kremlführung Prozess und Ergebnisse der Politik präzise kalkulieren; man begreift ja Politik als planbaren und manipulativen Prozess! Gelingt es einem derartigen Regime aber auch, Politik als einen letztlich offenen Prozess zu verstehen und zu managen? Ist der Zusammenbruch des alten Regimes in seinen Ursachen nie verstanden worden?

Die besorgniserregende *politische* Entwicklung Russlands wird im Übrigen begleitet von einer ähnlich verhängnisvollen *wirtschaftsstrukturellen (staatsbürokratischen, staatsmonopolistischen)* Fehlentwicklung. Auch da steht das sowjetische Vorbild Pate. Ohne einschränkende Bedingung weiter von „strategischer Partnerschaft“ zu sprechen, führt folgerichtig in eine Sackgasse.

---

<sup>3)</sup> Nur als Beispiel sei hier an den Moskauer Schauprozess gegen Michail Chodorkowskij erinnert, Inhaber des ehemals größten russ. Öl-Konzerns. Der EU-Abgeordnete Milan Horacek hatte auf Einladung der Verteidiger Chodorkowskijs Gelegenheit, den Prozess während der Urteilsverkündung mitzuverfolgen. Über Horaceks Eindrücke berichtete u.a. die F.A.Z.; hier ein Auszug des Resümees [vgl. F.A.Z., 20.5.05, Nr. 115 / S. 6]:

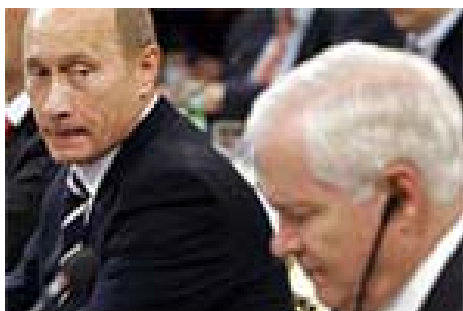
*Horacek, der als Häftling im kommunistischen Jugoslawien und in der Tschechoslowakei Gefängnisse und Militärgefängnisse kennengelernt hat, sagt, etwas derart Gespenstisches wie die Umstände der Moskauer Verhandlung habe er noch nie erlebt: „Das war kein Europa!“ Seine Begleiter erwiderten, derlei sei hier normal. Horacek berichtete später u.a. im Auswärtigen Ausschuss des Europaparlaments, dem er angehört.*

## ***In der Sackgasse falscher Begriffe***

Eingangs wurde Berthold Kohler mit seiner Auffassung zitiert: *„Das Wort von der ‚strategischen Partnerschaft‘ ist der Bedeutung der Beziehungen angemessen.“* Andererseits kritisiert Kohler in seinem Beitrag mit sehr deutlicher und schlüssiger Argumentation die schwache, ja ausbleibende Reaktion der deutschen Teilnehmer der Münchner Sicherheitskonferenz auf die polemische und durchsichtige Schelte Putins gegenüber Washington. Doch dürfte eben diese unorientierte Zurückhaltung auf Seiten der anwesenden deutschen Vertreter ***zum Teil auch in ungeklärter Begrifflichkeit begründet liegen, wie etwa der viel gebrauchten, aber viel seltener substantiierten Formel von der „strategischen Partnerschaft“.***

Kohler sagt mit Recht: *„Es reicht nicht, dass der Sprecher der Bundesregierung zwei Tage nach einer solchen Rede bekanntgibt, das Kabinett teile Putins Auffassung in einer Reihe von Punkten nicht – wenn doch die Kanzlerin, der Außenminister und der Verteidigungsminister die Gelegenheit hatten, dem lupenreinen strategischen Partner Putin direkt, an Ort und Stelle, in gleicher freundschaftlicher Offenheit zu widersprechen.“<sup>4)</sup>*

Kohler zeichnet auch ein leider sehr zutreffendes Situationsbild, wenn er schreibt: *„Das Geflüster, dass Putin nicht in allem unrecht, vielmehr sogar das Recht habe, sich bedroht zu fühlen, war schon auf dem Münchner Parkett zu hören. Auffallend häufig in den deutschen Reihen.“<sup>4)</sup>*



Freundschaft sieht anders aus:  
Putin beobachtet während der  
Münchner Sicherheitskonferenz  
US-Verteidigungsminister Gates

Kohlens Bewertung erscheint auch nicht abwegig, wenn er zuspitzt: *„Man kommt an dem Wort ‚Appeasement‘ nicht leicht vorbei, wenn man in Gänze die deutsche Reaktion auf Putins Rede beschreiben will. Gewöhnlich wird diese Milde mit dem Argument begründet, man habe ‚keine Alternative‘ zu der Partnerschaft mit Russland. Doch bei solcher Bedingungslosigkeit darf es nicht bleiben. Es könnte jemand auf den Gedanken kommen, die Abhängigkeit Deutschlands von russischer Energie sei schon so groß, dass sie beginne, politisches Handeln zu beeinflussen.“<sup>4)</sup>*

---

<sup>4)</sup> Berthold Kohler, „Ein Sieg für Putin“ (s. Fußnote 2)

Kohlens Kritik ist deutlich. Wenn er aber gleichzeitig das Verhältnis zu Russland als „strategische Partnerschaft“ angemessen definiert sieht und den Begriff auch gleich festschreiben will, ergibt sich ein erheblicher begrifflicher Spagat. Um Kohlers Wort und Argument aufzunehmen: *Bedingungslosigkeit* darf in politischen Begriffen so wenig aufkommen wie in realen politischen Optionen, denn „unbedingte“ Begriffe erweisen sich als entweder leer oder gefährlich – sie wirken nicht *orientierend* auf das politische Handeln, wohl aber potenziell *fehlorientierend*.

Interessant ist Kohlers Hinweis im obersten voranstehenden Zitat in Richtung Kanzlerin, Außen- u. Verteidigungsminister, „*die Gelegenheit hatten, dem lupenreinen strategischen Partner Putin direkt, an Ort und Stelle, in gleicher freundschaftlicher Offenheit zu widersprechen*“, denn hier spielt Berthold Kohler nicht nur mit dem peinlichen Schröder-Wort, sondern „testet“ (als ironische Wendung) auch den Begriff des „strategischen Partners Putin“. Es scheint, dass hier auch eine Form der Selbstdistanzierung Kohlers vom Begriff der „strategischen Partnerschaft“ oder von dessen unverständiger, pauschaler Anwendung stattfindet. Als Gefälligkeitsbegriff gegenüber der Energiegroßmacht Russland (die inzwischen auch wieder mit dem Säbel rasselt) wird der Begriff seinen disziplinierenden Zweck sicher nicht erfüllen – so wie alle Anbiederei vom Adressaten meist schnell durchschaut zu werden pflegt. Wirkung erzielt der Begriff nur diesseits – als Selbstbetrug.

Die alternativlose Rede von der „strategischen Partnerschaft“, die ihren Nachweis zu häufig (und künftig möglicherweise immer öfter) schuldig bleibt, ist ein inakzeptables begriffliches Appeasement.



Michail Chodorkowskij <sup>5)</sup>

Hinter Glas gesperrt: Während einer Gerichtsverhandlung im Rahmen des gegen ihn geführten Schauprozesses (s. Fußnote 3)

---

<sup>5)</sup> (siehe u.a.) Michael Ludwig, „Die Häutung eines Oligarchen“, F.A.Z., 15.9.05; <http://www.faz.net/s/RubFC06D389EE76479E9E76425072B196C3/Doc~EC294FFF67D3042739CE96A30F59071F~ATpl~Ecommon~Scontent.html>

## Leserkommentar im F.A.Z.-online-Forum

zum F.A.Z.-Beitrag: „Was Moskau von Berlin trennt“

[s. **Fußnote 1** im voranstehenden Text]

## **Journalismus, der eine Kommentierung verdient**

*Fritz W. Peter*

22.01.2007, 16:52

Moskau ist noch ein Stück davon entfernt, "strategischer Partner" der EU oder Deutschlands zu sein. Diese richtige Beurteilung ist endlich journalistisch versprochen worden! Danke.

Merkel spricht zu Recht von der Erwartung an Russland, dass es sich als "stabiler Partner" erweisen muss. Ein angeblich "strategischer Partner", der aber tatsächlich wenig berechenbar ist und seine "Partner" in ihren Rechten, Interessen und Erwartungen vor allem nach machtpolitischen Gesichtspunkten behandelt, ist eben KEIN "strategischer" Partner.

Das zum Regime gewordene russische politische System betreibt ein ein-dimensionales machtpolitisches Spiel nach außen wie innen, verweigert und zerstört bewusst den Weg zur Zivilgesellschaft und setzt an deren Stelle eine in der Konsequenz orwellsche Perspektive vom Typ Gasprom.

In Sotschi antwortete Putin auf Merkel u.a. mit folgender Anmerkung (zu Weißrussland, Ukraine, Georgien etc.), "wir müssen auf marktwirtschaftlichen Beziehungen bestehen. Schmarotzer können wir nicht dulden."

Wer solche Sprache auf diplomatischem Parkett wählt, muss sich fragen lassen, ob er die Zügel noch selbst in der Hand hält oder nicht längst das Sprachrohr einer skrupellosen Machtelite und Nomenklatura geworden ist.

Peter, Fritz:

### ***Russlands Drittes Reich. Wo die Macht die Menschen zertritt***

[zur Gleichschaltung der russischen Gesellschaft unter Putin]

[www.wadinet.de/news/dokus/1030\\_Russlands-Drittes-Reich.pdf](http://www.wadinet.de/news/dokus/1030_Russlands-Drittes-Reich.pdf)

Nov. 2006 (16 S.)

### ***Wohin treibt Russland?*** [oder]

### ***Russland: Wuchernder Staat auf Kosten der Gesellschaft***

[www.wadinet.de/news/dokus/131\\_Putins-Absichten--Merkels-Antworten.pdf](http://www.wadinet.de/news/dokus/131_Putins-Absichten--Merkels-Antworten.pdf)

Febr. 2006 (22 S.)

### ***Titel-Gesamtverzeichnis*** [nach Themen geordnet]

[www.wadinet.de/news/dokus/Titelliste\\_mit\\_Seitenangaben.pdf](http://www.wadinet.de/news/dokus/Titelliste_mit_Seitenangaben.pdf)



**Offener Brief an die Kanzlerin –  
nachfolgend wiedergegeben:**

*Wuppertal, d. 28. April 2007*

**Bundeskanzlerin  
Frau Dr. Angela Merkel  
Willy-Brandt-Straße 1  
10557 Berlin**

[*Kopie*]

**Strategische Partnerschaft**

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

bei der Aussprache im Zusammenhang des Misstrauensvotums (G. Schröder) vor zwei Jahren gebrauchten Sie die Formel „Politik aus einem Guss“. In einem Text habe ich damals diesen Begriff kritisiert und andere Formeln vorgeschlagen.

Ähnlich drängt es mich jetzt, eine problematische Politikformel anzusprechen und Alternativen anzuregen. Es geht um den Begriff „Strategische Partnerschaft“. Was damit derzeit allenfalls erreicht wird, ist Kopfschütteln beim Bürger. Und dies zu Recht.

Den dazu verfassten Beitrag möchte ich Ihnen beiliegend zukommen lassen. Einigen weiteren Personen möchte ich von meinem Schreiben an Sie Kenntnis geben und es dabei als „Offenen Brief an die Kanzlerin“ bezeichnen, um es zusammen mit dem beiliegenden Text zu übersenden. Kompetente Stimmen in der Presse haben das Thema inzwischen aufgegriffen – darauf gehe ich in meinem Text ein. Kommentarloses Übergehen der Kampagnen aus Moskau wäre nur der drittbeste Weg.

Außer dem Text zum Thema „Strategische Partnerschaft“ füge ich einen Textauszug aus dem damaligen Beitrag zum Thema „Politik aus einem Guss“ bei.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

[*Fritz Peter*]

*Anlage zu diesem Schreiben >>*

## Nach Rotgrün: Weg frei für fundiertere Politik

Fritz W. Peter, Mitte Juli 2005, Textauszug:

Es wird nicht immer möglich sein, eine Politik aus einem Guss zu vertreten, aber es könnte gelingen, einer Grundkonzeption zu folgen, die notwendige und wünschbare Ziele besser und zustimmungsfähiger integriert, als dies unter Rotgrün der Fall war. Es geht um **richtig angeleitete Politik**, die durchaus **mehrspurig** sein kann und muss, denn auf nur ein- oder zweispurigen Autobahnen droht häufiger Stau.

Zum Beispiel kann und muss ein Wahlkampf auf die jeweiligen Themen vor Ort konzentriert sein, also in den neuen Bundesländern „in Teilen“ andere Themen (oder diese in anderer Art) aufgreifen als in Bayern oder Bremen; denn bevor man über die Köpfe der Menschen hinweg redet, sollte man erst gar nicht vor sie hintreten. Vielfalt in der Einheit – **Mehrspurigkeit** – ist die Stärke pluralistischer Gesellschaften und Organisationen; sie will gelebt (und vorgelebt) sein – gerade wenn es darauf ankommt.

### Eindeutige – nicht eingleisige Politik

[...] Um den Kurs wird immer wieder gestritten werden müssen, aber der Eindruck konnte sich festigen, dass die Union in der Regie einer Person mit analytischer Grundhaltung eine konsistente politische Linie halten kann.

[...] Eine unionsgeführte Regierung und die Bundesratsmehrheit erscheinen – beim Blick auf den hiermit angesprochenen Personenkreis und unter einer Kanzlerschaft Frau Merkels – in der Lage, eine in etwa **konsistente Linie** in der Politik zu halten oder, nach sicher immer wieder unvermeidlichen kontroversen Debatten in zahlreichen Fragen, zu einer gemeinsamen Linie zurückfinden zu können. Äußerer Druck, Erfolgswillen und persönliche Kompetenz sind im erforderlichen Maß vorhanden.

Von ausschlaggebender Bedeutung für die Formulierung einer tragfähigen politischen Linie wird die – m.E. vorhandene – analytische Kompetenz sein.

### Konsistente und kohärente Politik

Der Begriff der Konsistenz setzt sich bewusst ab von der Ausdrucksweise „Politik aus einem Guss“. Letztere signalisiert zwar – insofern gut! – *Anspruch auf eine konzeptionelle „Geschlossenheit“* (oder besser *„Stimmigkeit“*, denn *„geschlossen“* soll sich der Politikansatz sicher *nicht* darstellen, sondern *offen für Weiterentwicklung*), aber der Ausdruck „aus einem Guss“ suggeriert auch etwas, das die Möglichkeiten der praktischen Politik sicher übersteigt. Eine **„gemeinsame Linie“** aber lässt sich gestalten oder – wenn die Linie verlassen wurde – erneut herstellen. [...]

[www.wadinet.de/news/dokus/32\\_fuer-fundierte-Politik.pdf](http://www.wadinet.de/news/dokus/32_fuer-fundierte-Politik.pdf)